

**G 014                      DGB-Bezirksvorstand Sachsen**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Angenommen als Material zu Antrag G 001

**Für ein sozialstaatliches Sicherungssystem statt Hartz IV**

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Die DGB-Bundeskongress fordert eine umfassende Reform des SGB II (Hartz IV). Kernstück muss in einem ersten Schritt die Anhebung des Hartz IV-Regelsatzes auf mindestens 440,- € sein. Auch die Regelsätze für Kinder müssen angehoben werden und ein eigenständiger, kinderspezifischer Bedarf für Bildung und Gesundheit ermittelt werden. Insgesamt muss das neu zu schaffende Sicherungssystem armutsfest gestaltet werden. Die künftige Anhebung der Regelsätze muss an die Entwicklung der Löhne gekoppelt werden, mindestens aber die Inflation ausgleichen.

Geplante weitere Pauschalierungen lehnt der DGB ab. Notwendig ist die bedarfsorientierte Ausweitung der bisherigen Mittel, die für Kosten der Unterkunft entstehen. Zwangsumzüge wegen „unangemessenem Wohnraum“ dürfen nicht stattfinden.

Weiterhin fordert der DGB-Bundeskongress die Abschaffung der 1-€-Jobs. Stattdessen soll den Betroffenen durch öffentlich geförderte, voll sozialversicherungspflichtige und arbeitsrechtlich geschützte Beschäftigungsverhältnisse eine mittelfristige Perspektive gegeben werden.

Der DGB-Bundeskongress fordert, die Qualifikation von Hartz IV-Empfängern stärker zu fördern und die Vermittlung wieder am erlernten Beruf zu orientieren. Die gegenwärtige Praxis von Hartz IV mit einer verstärkte Vermittlung in prekäre Beschäftigung fördert den Niedriglohnsektor. Die Zumutbarkeitsregelungen müssen so gestaltet werden, dass sie vor Lohndumping schützen, anstatt es zu befördern.

Die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge müssen auf der Basis von 75 % des Durchschnittseinkommens entrichtet und entsprechende Ansprüche erworben werden.

Um die Widerspruchs- und Klageflut einzudämmen, sind durch den Gesetzgeber für das SGB II rechtliche Klarstellungen notwendig.

Wir fordern eine rechtsstaatliche Organisationsstruktur der Sozialbehörden und die Gewährleistung einer sozialstaatsgemäßen Verwaltungspraxis der Sozialbehörden.